

**Haushaltsrede von Eugen Höschele,  
Co-Fraktionsvorsitzender der CDU-  
Fraktion  
zum Haushalt des Landkreises  
Tübingen 2024  
am 13.12.2023**

Sehr geehrter Herr Landrat Walter,  
sehr geehrte Mitglieder des Kreistags,  
sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen  
und -mitarbeiter,  
meine Damen und Herren,

zu den Haushalten habe ich schon viele  
Reden gehalten. Meine heutige Rede wird  
etwas anders sein, nicht in einzelne  
Bereiche einsteigen, klein, klein, sondern  
den Blick auf das große Ganze werfen.

Etwas politischer.

Dabei möchte ich nicht parteipolitische  
Gedanken in den Vordergrund stellen und  
schon gar nicht spalten. Die Gedanken des

mündigen Bürgers sollen zum Ausdruck kommen.

Ein Appell, sozusagen, an das Gremium – wir sind gemeinsam dem Kreis verpflichtet.

In der Vergangenheit haben wir viele Probleme über das Geld – die Finanzen – bearbeitet.

Geld ist ohne jeden Zweifel ein Steuerungsinstrument, aber ein begrenztes dazuhin.

Bei den Finanzen herrscht große Unsicherheit, nicht erst seit dem Karlsruher Urteil, aber jetzt erst recht!

Lassen Sie mich skizzieren:

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer Rezession, übrigens die einzige in Europa. Die Demokratie scheint ins Wanken zu kommen und die Menschen in unserer Gesellschaft wännen sich nicht mehr in Sicherheit und spüren ihren Wohlstand schwinden.

Wohlstand ist aber nicht nur in Geld und Vergnügen zu beschreiben, z.B. durch Urlaub und viele iPhones.

Wohlstand ist das Befinden eines jeden Einzelnen in seiner persönlichen Umgebung, seiner Beziehung zur Gemeinschaft und seinen Möglichkeiten.

In Berlin und teilweise in Stuttgart wird Politik gemacht, die wir in den Kommunen leben müssen – ich habe auch schon das Wort „ausbaden“ dazu gehört.

Oft ist diese Politik weit weg von den tatsächlichen Bedürfnissen der Städte und Gemeinden oder unseren Lebenslagen.

Die Menschen bewegen die Energie-, Sicherheits-, Familien-, Renten- und Einwanderungspolitik.

Die Menschen spüren in der kaum gesteuerten Migrationspolitik große Probleme auf sich wirken. Und Steuerung möchten die Bürgerin und der Bürger erleben und nicht von der Politik beschrieben bekommen.

Natürlich gibt es gute Beispiele in unserem Kreis, Respekt vor der großen Kreisstadt Rottenburg, aber das ist nicht der Normalfall.

Die überwiegende Unzufriedenheit schlägt sich in der kommunalen Politik nieder.

In unserem Kreis, leider fast unbemerkt, findet eine Rückkehrberatung statt. Mit gutem Erfolg für die Menschen.

Das kann eine Aufgabe sein, der wir uns in Zukunft noch stärker stellen sollten. Eine humane dazu.

Migration kann auch gelingen – in den Arbeitsmarkt und durch die Stabilisierung unserer Gesellschaft, u.a. durch gezielte! Förderung in Bildung, Kultur und Sport.

Vor allem aber müssen wir den arbeitenden Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen.

Eine Politik, die dem Nichtarbeiten das Wort redet, ist weder sozial noch zielführend für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Ich zitiere aus der FAZ vom Samstag, „das Kernproblem der Finanzpolitik ist nicht zu wenig Geld, sondern die Kurzsichtigkeit“, oder mit meinen Worten, wir haben genügend Einnahmen – noch – aber wir müssen das Geld zukunftsorientierter planen und einsetzen.

Und die vielberedete Deindustrialisierung ist konkret geworden.

Und wer möchte von uns Schulden haben? Das kann sich doch jede und jeder fragen. Wir müssen die Gesellschaft mitnehmen, wenn wir über Zukunftsinvestitionen reden, diese sollten nicht „verordnet“ werden.

Die Steuerung über die Finanzen ist nicht unendlich, weil die Menschen das Geld ausgeben. Es fließt somit in den Konsum. Gespart werden kann bei den existenziellen Verpflichtungen der Menschen fast nicht mehr. Investitionen werden gar nicht mehr angedacht. Das ist keine Schwarzmalerei, es ist die Wirklichkeit.

Immer mehr wird nach dem Staat gerufen, dabei soll der Staat den Rahmen setzen, in dem sich die Gesellschaft bewegen und entwickeln kann. Aber die Gesellschaft ist sehr differenziert. Sie braucht Freiraum, um sich entwickeln zu können. Dabei sorgen uns Anfänge von Parallelgesellschaften.

Diese gilt es in jedem Fall zu verhindern. Sonst wird die Gesellschaft tatsächlich gespalten.

Der Staat, die Administration, hat selbst größte Probleme. Für die ihr zugedachten Aufgaben fehlt es überall an Personal. Diese Ressource wurde vernachlässigt. Und dann wirkt eine Forderung nach der 4-Tage Woche wie eine Provokation.

Personal zu gewinnen ist aktuell die größte Herausforderung für uns. Das liegt auch an den Standards, die uns von Berlin und Stuttgart vorgegeben werden und die oft weit von der Realität entfernt sind, sozusagen akademisiert.

Diese müssen dringend und durchgehend geprüft und abgebaut werden.

Teilweise verwalten wir uns selbst.

Gruppengrößen bei den Kindertagesstätten, z.B., können hinterfragt werden ohne das Wohl unseres wichtigsten Gutes, unserer Kinder, zu gefährden.

Es fehlt aber auch an Planerinnen und Planern für unsere kommunale Entwicklung.

Oder, wer will heute noch Bürgermeisterin oder Bürgermeister werden?

Das Warten auf Baugenehmigungen oder andere Dokumente.



Das alles hat Auswirkungen auf den Kreis und seine Menschen.

Es stellt sich deshalb die Frage, wo setzen wir Schwerpunkte, oder besser, wo können wir, der Kreistag, diese setzen.

Auf alle Fälle sollten wir nicht nach dem Bauchladenprinzip Unterstützungen verteilen, wir sollten uns konzentrieren auf die Daseinsvorsorge und Zukunftsinvestitionen.

Wir müssen bereit sein, uns zu entfesseln und fragen, wo machen wir uns selbst das Leben schwer. Vieles hat sich auch verselbständigt.

Wichtig für unsere Gesellschaft sind Sicherheit und Verlässlichkeit.

Die Unzufriedenheit unserer Menschen spiegelt sich auch in einer Regelungsflut von Bund und Land wider.

Und, das ist meine zentrale Botschaft dabei, die Kommunen sind Opfer und leiden darunter.

Es bedarf deshalb einer kraftvollen Stimme der kommunalen Familie, gemeinsam – über die Fraktionen hinweg und mit den kommunalen Verbänden – Prioritäten zu setzen.

Es bedarf wieder eines Vertrauens in Verwaltung, in die Institutionen. Oft wird von den Menschen Eigennutz unterstellt.

Ich meine, dass wir in unserer Gesellschaft vor allem eine Chance sehen können und müssen.

Deshalb sollten wir bei fehlendem Geld und Personal und weiteren Unsicherheiten, alles derzeit nicht planbar, nicht weitere Projekte diskutieren.

Das Gemeinwohl und das Gemeinwesen müssen wir entlasten durch den Wegfall bürokratischer Regeln.

Wir brauchen Spielräume, um bei Herausforderungen flexibel reagieren zu können, damit die Funktionsfähigkeit unseres Kreises erhalten bleibt.

Die Basics müssen funktionieren.

Politik und Verwaltung müssen verlässlich sein und bereit sein, etwas einfacher zu machen.

Wozu führen unsere Beschlüsse, gibt es noch die Bewegungsfreiheit, die die Kommunen benötigen?

Der Haushalt ist wichtig, stellt die Grundlagen für das Gedeihen unserer Gemeinschaft im Kreis dar, aber der Haushalt ist nicht alles.

Gleichwohl haben wir für das Ehrenamt, für Menschen in schwierigen persönlichen Lagen, für ganz junge und junge Menschen genauso wie für unsere älteren Menschen ca. 5 Mio. Euro bereitgestellt – in großem Einvernehmen –, dafür bedanke ich mich ausdrücklich beim Kreistag. Über 100 Vereine, Initiativen und Projekte werden unterstützt.

Durch die Entnahme aus unserer Rücklage werden Städte und Gemeinden nennenswert unterstützt und für die beruflichen Schulen geben wir 25 Mio. Euro aus, und für eine weitere Zukunftsinvestition, die Schiene, werden 17 Mio. Euro bereitgestellt.

Dabei warten wir noch immer auf finales „grünes Licht“ aus dem Land für die Förderung der gesamten Regionalstadtbahn, trotz allem bin ich da guter Dinge.

Wegen der nicht einschätzbaren Lage in Bund und Land werden wir die Haushaltsansätze der Verwaltung mittragen.

In allen Jahren sind wir damit gut gefahren und im sozialen Bereich haben wir Maßstäbe gesetzt.

Für das kommende Jahr, das anders werden wird, wäre zu überlegen, ob wir uns vom Kreistag mit der Verwaltung zusammensetzen und versuchen, Prioritäten zu setzen und ein Signal nach „oben“ senden. Geld muss wieder wertschöpfender eingesetzt werden. Eine Sparkommission, wie sie vor vielen Jahren bestand, bekam deutlich die Grenzen aufgezeigt. Ein Signal für kommunale Prioritäten kann erfolgreicher sein.

Die Bewegung muss von „unten“ kommen, und unter Zurückstellung von Ideologien gemeinsam getragen werden.

Winston Churchill wird das Zitat zugeschrieben, dass Demokratie die schlechteste Regierungsform sei, mit Ausnahme aller Regierungsformen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden wären. Das ist eine zentrale Erkenntnis gewesen und wir dürfen uns glücklich schätzen, in Deutschland, in Baden-Württemberg und im Landkreis Tübingen zu leben. Und in diesem Kontext zitiere ich noch Horst Lipinski bei seiner offiziellen Verabschiedung mit den Worten von Mahatma Gandhi, dem indischen Freiheitskämpfer „die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“.

Abschließend mein Dank an Sie alle. Wir haben jetzt den letzten Haushalt dieser Wahlperiode zum Beschluss. Und alle Haushalte konnten wir weitestgehend gemeinsam tragen.

Das ist nicht immer und überall selbstverständlich.

Insbesondere geht der Dank der CDU-Fraktion an Herrn Landrat Joachim Walter, an seine Verwaltungsspitze und an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Herausforderungen des Jahres 2023 standgehalten haben, teilweise weit über das Normale hinaus, und großen persönlichen Einsatz gezeigt haben bis zum heutigen Tag, z.B. bei der Versorgung der geflüchteten Menschen. Besonders möchte ich die gute Atmosphäre im Landratsamt erwähnen.

In diesem Sinne wünsche ich gute Beratung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.